

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:
Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.

Neutrales Freies Österreich
www.nfoe.at
03 – 05/2007 / Nr. 16

„Basisvertrag“ ersetzt EU-Verfassungsvertrag Etikettenschwindel als Ausweg



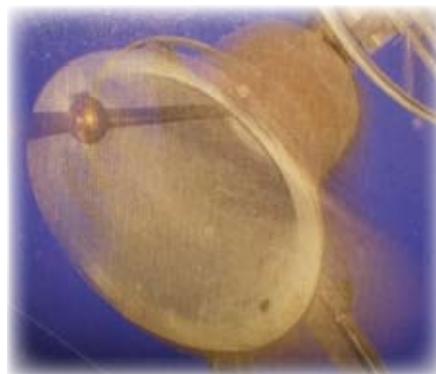
Liebe Leser!

Der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn hatte in einem Interview mit der Tageszeitung *Der Standard* im März 2007 offen gestanden: „Der EU-Verfassungsvertrag wird ein Basisvertrag sein, ein traité fondamental, wie immer man das nennen will. Entscheidend ist die Substanz.“

Daraufhin kommentierte ein zu Recht erboster Schreiber im Internet-Diskussionsforum „DerStandard.at“ (2. 4. 07) diese Umetikettierung des EU-Verfassungsvertrages: „...wenn führende Köpfe Europas diesen Etikettenschwindel auch noch für gelungene Politik halten, dann steckt die EU wirklich in einer tiefen Krise“.

Damit, nach der Meinung dieser undemokratischen EU-Entscheidungsträger nicht mehr die Notwendigkeit besteht, über das weitreichendste Regelwerk eines Volkes abstimmen zu müssen, wird einfach das Etikett ausgetauscht. Frankreichs Bürger und jene der Niederlande könnten ja ein zweites Mal dagegen stimmen. Solche plumpen Tricks durchschaut inzwischen doch jeder mitdenkende Bürger! Auch ein „Basisvertrag“ ist nationalen Verfassungen übergeordnet und hat die Auflösung der Nationalstaaten zur Folge. **Was er bewirkt, ist wesentlich!!**

Die Natur kann mit menschlichem Machwerk ganz leicht mithalten. An Schönheit sind die „Enzian-



Die weithin bekannte Friedensglocke des Alpenraumes in Mösern/Tirol. Sie wurde am 12. Oktober 1997 eingeweiht und soll den Wert einer guten Nachbarschaft zwischen den Alpenländern und den Frieden für unsere Heimat betonen.

EU-Basisvertrag – das trojanische Pferd der EU - zerstört die Nationalstaaten



Glocken“ (abgelichtet am 1. Mai 2007 in unmittelbarer Nähe des Friedensglocke-Standorts) nicht zu übertreffen. Trotzdem ist die Idee vom **Frieden im Alpenraum** ein ernstzunehmender Ansatz. Eine **Ausdehnung auf ganz Europa** wäre wünschenswert!

Der Weg der **Realisierung kann nur über die Neutralität** gehen. Es wäre Aufgabe der neutralen Alpen-Staaten Österreich, Schweiz und Liechtenstein hier den ersten Schritt zu machen.

(Fortsetzung auf Seite 2)



Inhalt:

- Etikettenschwindel – Basisvertrag, BerichtigungSeite 1/2
- StöraktionenSeite 2/3
- Armutsfalle EuroSeite 3
- Europatag, Gegenpol-Märchen, Union USA -EUSeite 4/5
- DankSeite 5
- Lesermeinungen.....Seite 5
- Positives, ErfreulichesSeite 6
- ImpressumSeite 6

An dieser Stelle möchte ich noch eine falsche Bezugsangabe im letzten Nachrichtenblatt Neues Nr. 15 korrigieren. Es kam beim Hinweis auf das Regierungsprogramm auf Seite 1 bedauerlicherweise zu einer Nummern-Verwechslung und deshalb wurden falsche Passagen zitiert. Es soll richtiggestellt werden, dass die im aktuellen 23. Regierungsprogramm angeführten Zielsetzungen, die EU und NATO betreffend, etwas zurückhaltender formuliert sind als im Programm der Vorgänger-Regierung. An der Grundaussage „sie dienen ergeben, ja fast schon sklavisch dem Konzern-Europa mit Namen Europäische Union und der NATO“ ändert dies (leider!) nichts.

Ihr Dipl.-Ing. Rudolf Pomaroli, Bundesobmann

*„Kein größerer Schaden
kann einer Nation
zugefügt werden, als wenn
man ihr den
Nationalcharakter, die
Eigenheiten ihres Geistes
und ihrer Sprache nimmt.“*

(Immanuel Kant, Philosoph)

Massive Störaktionen bei Schachtschneider-Veranstaltungen

Wollen linksextreme Kreise beim Aufzwingen der EU-Verfassung nachhelfen?



*Univ.-Prof.
Karl Albrecht
Schachtschneider,
Nürnberg*

Manche Leser werden schon über andere Medien von diesen ernsten und unerfreulichen Vorfällen erfahren haben. Die beiden Informationsveranstaltungen zum Thema „Was würde die EU-Verfassung für jeden Einzelnen bedeuten?“ (verantwortlicher Veranstalter war die Initiative Heimat & Umwelt, die NFÖ unterstützte und bewarb diese Doppel-Veranstaltung Ende März 07), zu denen der in Hochschulkreisen hochangesehene Universitätsprofessor für Staatsrecht, Karl Albrecht Schachtschneider aus Nürnberg angereist war, konnten nur unter großen Schwierigkeiten abgehalten werden. In Salzburg gelang es in allerletzter Minute die Leitung des Bildungshauses St. Virgil zum Einlenken zu bewegen. Sie hatte noch einen Tag zuvor die Benützung des Saales unter dem Vorwand verweigert, Prof. Schachtschneider sei eine der rechtsextremen Szene nahestehende Person! Diese Behauptung

hatte eine Gruppe autonomer Jugendlicher, die sich „Infoladen“ nennt, aufgestellt. In Wien zog das Universitäts-Rektorat die Benützungszusage für den Hörsaal unter ähnlicher Begründung zurück, wobei die Denunzianten hier noch einen Schritt weiter gingen und alle Unterstützer-Organisationen, auch die NFÖ, ins rechtsradikale Eck zu drängen versuchten. Wir haben Informationen, dass für diese Verhinderungsaktion die Studenten sogar bezahlt worden seien! (Roman Zimmerhackl bestätigt z.B. in seinem Leserbrief an Die Ganze Woche 14/07 z.B. diesbezügliche Vermutungen.)

Eine aufwendige „Übersiedlung“ mit Bussen in ein Ausweichlokal war die Folge, wobei zudem noch die Abfahrt der Busse durch etwa 15 bis 20 gewaltbereite Studenten beinahe verhindert worden wäre. Es sah zuerst fast so aus, als könne die Polizei gegen diese gesetzbrechenden jungen Erwachsenen nicht vorgehen. Nachdem das Gerücht kursierte, dass in der NFÖ eine Person mit rechtsextremem Einstellung eine Funktion übernommen

men habe, – diese Qualifizierung stammte vom Dokumentationsarchiv (DÖW) – muß klargestellt werden: Es ist für Extremisten eine Funktionsübernahme in der NFÖ aufgrund der Statuten nicht möglich. In dieser internen Rechtsordnung wird unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, dass die politische Initiative NFÖ extremistisches, den österreichischen Gesetzen entgegenstehendes Verhalten, egal ob links- oder rechtslastig, ablehnt. Allerdings kann ein gravierender Extremismus-Vorwurf von einer privaten Institution nicht ungeprüft übernommen werden. Es ist Aufgabe des Bundesvorstandes den Wahrheitsgehalt festzustellen.

Diese Vorfälle haben aber noch eine **grundsätzliche Dimension**. Wenn



Demonstrierende Studenten, die den Zugang zum Universitätsgebäude versperren. Die Polizei konnte sie nicht zur Freigabe der Einfahrt bewegen.

eine Universität als öffentlich-rechtliche Körperschaft bereits auf eine einseitige, diskriminierende Behauptung reagiert und sich nicht bemüht auch die Gegenseite zu hören, dann kann sie als unabhängige, akademische Bildungsinstitution nicht mehr ernst genommen werden. Gesetzesverstöße könnten selbstverständlich nicht toleriert werden, aber eine andere Meinung, egal ob „links“ oder „rechts“ im Sinne der „Freiheit der Lehre“ sehr wohl. Es scheint so, als nähere sich Österreich einem Zustand an, der in Diktaturen üblich ist. Wen wundert’s, es hat ja auch die EU Strukturen eines totalitäres Systems. (pn)

„Seitdem die Politiker Experten und Analysen benötigen, damit sie bei Versagen der Prognosen nicht den Kopf hinhalten müssen, würde ich anstatt der überbezahlten, ahnungslosen Politiker Unterschriftsautomaten einsetzen.“

Kommentar von „Sepp“ im Internetdiskussionsforum der Tageszeitung „Die Presse“ vom 6.5.2007

ARMUTSFALLE EURO

Der (T)EURO saugt uns das Geld aus den Taschen

Wenn wir von einer erlebten Gleichung von 1000,- ATS mit 100,- Euro (= 1.376,- ATS) ausgehen, also einer jährlichen Verteuerung seit 2002 von ca. 7,5%, so ist das keineswegs nur subjektive Erfahrung, auch wenn uns systemkonforme „Experten“ von einer jährlichen Inflationsrate von ca. 2% zu überzeugen versuchen.

Wie ist dieser Unterschied zu erklären? Den Verbraucherpreisindex-Berechnungen liegt ein fiktiver Warenkorb zugrunde, der nicht dem tatsächlichen Kaufprofil eines österreichischen Durchschnittskonsumenten entspricht. Technische Produkte, die in einigen Fällen sogar billiger geworden sind, werden überbewertet, Alltagsbedürfnisse, die spürbar teurer geworden sind, unterbewertet. Das drückt natürlich die – theoretische – Inflationsrate. **Die Praxis schaut jedoch anders aus.** Essen, Verkehrsmittel und Energie brauchen wir täglich. Wer aber kauft sich schon Computer, Kameras oder Waschmaschinen am laufenden Band? Und die billigeren Telefongebühren werden vielfach durch handybedingtes Vieltelefonieren mehr als wettgemacht.

Der Euro verringert unsere Kaufkraft aber auch noch aus einem anderen Grund: Er bewirkt Stagnierung unserer Reallöhne, in manchen Euro-Ländern bereits Reallohn-Senkungen.

Da die nach wie vor nationalen Konjunkturverläufe nie geradlinig sind, ist es bisher immer die Aufgabe der Wirtschaftspolitik gewesen, diese zyklischen Auf- und Abwärtsbewe-

gungen der Wirtschaft abzuschwächen bzw. auszugleichen.

Durch die Errichtung einer einheitlichen Euro-Währungszone sind den Mitgliedsstaaten aber die Instrumente einer auf die eigenen Bedürfnisse abgestimmten Haushalts-, Geld- und Wechselkurspolitik entzogen worden. Die Maastricht-Kriterien zwingen konjunkturbelebende Maßnahmen in ein



sehr enges Korsett, der Leitzins kann nur mehr an einem fiktiven Durchschnitt der äußerst unterschiedlichen wirtschaftlichen Verhältnisse der 13 Euro-Länder ausgerichtet werden und der Wechselkurs (Außenwert) des Euro ist auch für alle Mitglieder der Euro-Zone derselbe, egal ob es sich um traditionelle Hart- oder Weichwährungslander handelt.

Um den drohenden Verlust ihrer Wettbewerbsfähigkeit abzuwenden, ist die Wirtschaft der Euro-Länder gezwungen, die Produktionskosten zu senken. Meistens trifft es die Löhne. Am leichtesten lässt sich Druck auf die Löhne erzeugen, indem den heimischen Arbeitnehmern zahlreiche ausländische Konkurrenten vor die Nase gesetzt werden, dem Grundsatz folgend, dass der Preis – in die-

sem Fall die Höhe des Lohns – sich aus dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage ergibt.

Weswegen, nebenbei bemerkt, Gewerkschaften und „Arbeitnehmervertreter“ sich so für die Zuwanderung von Ausländern engagieren, bleibt vor diesem Hintergrund ein ungeklärter Widerspruch.

Hohe Arbeitslosigkeit, Kaufkraftverlust der Bevölkerung und eine kränkelnde Binnenkonjunktur sind die Folgen – die Wirtschaftsbesse und ihre politischen Handlanger nehmen es in Kauf, wenn nur ihre Profite und Renditen stimmen, egal wo sie gemacht werden, Hauptsache es ist keine öffentliche und soziale Verantwortung damit verbunden. Das heißt dann **„globale Wettbewerbsfähigkeit“**. Der Euro scheint gerade dafür gemacht zu sein. Er erleichtert diesen Prozess der Umverteilung von unten nach oben und treibt ihn weiter voran.

Zur Bestätigung einige Zahlen: In den letzten zehn Jahren, in denen die Reallöhne in Deutschland um 0,9% gesunken sind, sind sie im Nicht-Euro-Land Schweden um 25,4% gestiegen! (nos)

Wie könnten wir den Euro ins Herz geschlossen haben, wo er uns doch auf’s Auge gedrückt wurde?

Elfriede Stempfer

Politiker feierten den Europatag allein

Beim groß angekündigten Europatag in den Innsbrucker Rathaus-Galerien wurde wieder klar: Europa, ...interessiert offenbar nur Politiker und zwangsbeglückte Schulkinder.LH Herwig van Staa, BM Hilde Zach, Wiens BM Michael Häupl, AK-Präsident Fritz Dinkhauser u.a. präsidierten in kurzen Reden die europäische Idee und applaudierten sich fleißig, während die Bevölkerung die Veranstaltung links liegen ließ.

(Quelle: Tiroler Krone, 9. Mai 2007)

Das Märchen vom „Gegenpol zu den USA“

Viele EU-Befürworter argumentieren gerne mit der Floskel „Wir brauchen die EU als Gegenpol zu den USA.“ Dazu meint die NFÖ:

Wie könnte die EU ein Gegenpol zu den USA sein, nachdem sie nicht gegenteilig handelt, sondern in vielerlei Hinsicht die USA zu kopieren versucht ?

Im Internet-Diskussionsforum auf derstandard.at, 1.5.07 haben wir zu diesem Thema einen die Wirklichkeit aufzeigenden Kommentar gefunden:

„Apropos gemeinsames Kriegführen, die alles entscheidende Software für die Eurofighter kommt aus den USA, von wegen, wie früher immer behauptet wurde, der Eurofighter wäre ein rein europäisches Produkt (was eigentlich sein Name vermuten lassen würde). Wie man sieht, weit gefehlt! Die Schlüsselstelle für dieses Kampfflugzeug haben die USA in der Hand. Man erkennt die Parallele zur EU: Die

wirklich relevanten Entscheidungen treffen die USA. Der Eurofighter soll ja das EU/ Nato- Einheitsflugzeug werden.

Da paßt es weiters gleich sehr gut wie ein Puzzleteil ins nächste, dass bereits im Jänner 2003 dem Vorsitzenden des EU-Militärausschusses, **General Gustav Hägglund**, bei einem Vortrag in Finnland rausgerutscht ist, was er vermutlich nicht hätte sagen sollen. Nämlich, **dass sich die Finnen über einen etwaigen NATO-Beitritt gar keine Gedanken zu machen brauchen, da die FUSION von EU und NATO ohnehin nur mehr eine Frage der Zeit sei.** Das wür-

de also heißen, den Begriff EU verißt man dann einfach – zumal er in der Bevölkerung auch immer negativer gesehen wird – und ebenfalls den Begriff NATO und kreiert dann stattdessen ein neues Namensgebilde für die Vorherrschaft der USA auf europäischem Boden.“

(siehe auch „Die Presse“-Artikel vom 21. Jänner 2003)

Diese vor einigen Jahren geäußerte Fusions-Prognose eines Vorsitzenden des EU-Militärausschusses wird mittlerweile im wirtschaftlichen Bereich bereits Realität:

Transatlantische Union „USA - EU“ wird Wirklichkeit

Einem Bericht des „Spiegel“ im April 2007 zufolge, haben sich die USA und die EU auf eine „Union der Unionen“ (namentlich „einen barrierefreien, transatlantischen Markt“) geeinigt. Als erster Schritt werden gemeinsame Standards und Normen für Industrieunternehmen und die Finanzbranche angestrebt. Die geplanten Vereinbarungen sollen sich ebenso auf die Bereiche Gesundheit, Lebensmittel und Energie beziehen. Die Unterzeichnung des „Vertrages über die Zusammenarbeit“ erfolgte am 30. April 2007 in Washington.

Jetzt fehlt nur noch die gemeinsame transatlantische Währung, dann hängen die EU-Länder wirtschaftlich vollkommen am Gängelband der USA.

Auch Prof. Schachtschneider hat in seinen Österreich-Vorträgen im März 07 auf diese Entwicklung hingewiesen: **„Außenpolitik ist keine Angelegenheit der EU-Einzelstaaten mehr, dafür ist ausschließlich die EU zuständig.“**

Wir sind der festen Überzeugung: Besser überschaubar und

eigenständig wirtschaften, als sich an Große anzuschließen, von ihnen bestimmt zu werden und zuletzt mit den Großen zugrunde zu gehen!



Gesichter von politischen Figuren haben in der „Hohen“ Politik wenig Bedeutung.

Lesermeinungen

Österreicher sagen aus Überzeugung Ja

Den EU-Gegnern wird häufig vorgeworfen, alles Positive abzulehnen und zu verneinen. Das stimmt überhaupt nicht, ganz im Gegenteil, nicht nur wir sondern immer mehr Österreicher sagen aus voller Überzeugung:

- Ja zu einem souveränen Österreich und zur uneingeschränkten, immerwährenden Neutralität,
- Ja zur Direkten Demokratie,
- Ja zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit eigenständiger europäischer Staaten gemäß dem Freihandelsprinzip der EFTA,
- Ja zur gentechnikfreien Landwirtschaft und zur ökosozialen Marktwirtschaft,
- Ja zu Alternativenenergien anstatt Atomenergie infolge von EURATOM

All das steht im krassen Widerspruch zur österreichischen EU-Mitgliedschaft, und darum sagen wir als logische Konsequenz daraus unmißverständlich klar und deutlich:

JA zum EU-AUSTRITT!

(Doris und Peter Knoflach, Peter Menghin, Innsbruck)

EFTA als Alternative zur EU

„Es gibt keine Alternative zur EU“, so lautet bekanntlich die schwarzmalerische Standardaussage, welche uns die bestens bezahlten EU-Schauer-märchenerzähler immer wieder einzutrichtern versuchen. Die mehr oder weniger tot geschwiegene **Alternative zur EU ist die Wiederbelebung**

unserer vor dem EU-Beitritt bereits jahrzehntelang währenden Mitgliedschaft bei der EFTA. D.h. wirtschaftliches Zusammenarbeiten der europäischen Nationen ohne Zentralismus, ohne Aufgabe der Eigenständigkeit, ohne Liberalisierungswahn und ohne den ruinösen freien

Waren- und Kapitalverkehr, dagegen ist nichts einzuwenden. Es wird Zeit, die längst überholte Standardaussage der Realität anzupassen: **Will Österreich mit der EU-Titanic nicht vollends untergehen, so gibt es keine Alternative zum EU-Austritt!** (Franz u. Hermine Kaiser, Inzing)

Das Europatelefon bestätigt den Verdacht

„Was ich immer befürchtet habe, haben mir meine neuesten Nachforschungen (Europatelefon) bestätigt: Sobald die EU-Verfassung in Kraft tritt, kann ein EU-Land nur noch aus diesem Verein der Konzernmillionäre austreten, wenn alle übrigen Länder einverstanden sind. Eine Gans, die in mustergültiger Regelmäßigkeit ständig goldene Eier für die „EU-Familie“

legt, wird man nicht davonfliegen lassen. Wer das glaubt, dessen Verstand muss angezweifelt werden. Deshalb müssen wir austreten, solange es unsere Regierung noch ohne „Erlaubnis“ von 26 anderen Staaten bewerkstelligen kann. Am Austritt Grönlands kann man sehen, dass das derzeit noch ohne Weiteres möglich ist. Es fehlt aber bei allen

fünf Parlamentsparteien in Österreich der politische Wille, was mich zu dem Verdacht veranlasst, dass alle diese Herren und Damen von den EU-Geldern (unserem Steuer-geld) profitieren.“

(Maria Klingler aus Kirchdorf in Tirol informierte uns über das Ergebnis ihrer „Europatelefon“-Nachforschungen.)



Die Vorstandsmitglieder (v.l.) Dr. Fritz Danner, Siegfried Eder, Herta Grurl und Franz Kaiser haben sich auf der Bundesversammlung in Goldegg entschieden, die Arbeit in der „zweiten Reihe“ fortzusetzen.

Für ihre jahrelange, von großem Idealismus getragene Arbeit im Bundesvorstand sagen wir unseren Freunden



großen Dank!



PS: Die neugewählten Vorstandsmitglieder werden in einer der nächsten Ausgaben der Bündnis-Nachrichten vorgestellt.

„In der EU geht die Macht der nationalen Gesetzgeber über auf 27 Minister.

Das bedeutet ein gigantisches Anwachsen von persönlicher Macht und das ist attraktiv.“

John A. Coughlan, Irland



Das Erkennungszeichen der EU-kritischen Schweizer Initiative „Young-for-fun“

Kongress „Für ein anderes Europa“

Am 24. März d.J. fand im Schweizerischen Wil der Kongress „Für ein anderes Europa“ statt.

Die Schweizer Organisatoren, TEAM (The European Alliance for EU-critical Movements) und die Initiative „Young4FUN“ (frei übersetzt: Junge Menschen für Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität) hatten namhafte Referenten aus 11 europäischen Ländern eingeladen.

Teilnehmer aus drei NFÖ-Landesorganisationen konnten sich von der hervorragenden Qualität der Referate und des freundlichen Organisationskomitees überzeugen. Besonders erfreulich: Die starke Präsenz von politisch interessierten, jungen Menschen, die – wie hätte es anders sein sollen – in der Initiative Young4FUN beheimatet waren.

Die Teilnehmer, ob jung oder alt, waren sich am Ende des Kongresses in einer Beurteilung einig:

Die EFTA als Freihandelsabkommen ohne Zentralismus, Liberalisierungswahn und Aufgabe der Eigenständigkeit von Mitgliedsstaaten wäre ein bewährtes Modell für ein anderes, besseres Europa.



Kongress-Saal „Zum Turm“, Wil



Lukas Reimann - Young4FUN / CH, Lave K. Broch, Dänemark; TEAM-Präsident Jesper Morville, Dänemark und ein weiterer Kongress-Teilnehmer (von links hinten).

In eigener Sache

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns bitte!

Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wengleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.

Weitere Exemplare unseres Nachrichtenblattes oder Flugblätter zu verschiedenen Themen schicken wir auf Anforderung gerne zu.

Bitte Adressenänderung frühzeitig bekanntgeben.